

Verschleiernde Rhetorik statt glaubwürdiger Politik

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) kritisiert, dass die Bundesregierung sich nicht an die eigenen *Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern* hält und fordert erneut ein Rüstungsexportkontrollgesetz. In ihrem Rüstungsexportbericht 2020 analysiert die GKKE die deutschen Exportgenehmigungen aus dem Jahr 2019 sowie dem ersten Halbjahr 2020 und bewertet aktuelle Entwicklungen. Wir dokumentieren Kernaussagen.

Mit 8,02 Milliarden Euro erreichte der Genehmigungswert für deutsche Rüstungsexporte im Jahr 2019 einen neuen Höchststand. Im Vergleich zum Vorjahr stieg er um rund 66 Prozent und übertraf damit auch den bisherigen Spitzenwert von 2015 (7,86 Milliarden Euro). Im ersten Halbjahr 2020 ging der Wert der Einzelausfuhrgenehmigungen dann wieder deutlich auf 2,78 Milliarden Euro zurück. Die GKKE gibt allerdings zu bedenken, dass solche Schwankungen noch kein Beleg für eine Trendwende hin zu einer restriktiveren Rüstungsexportpolitik seien.

Rüstungsexporte an Staaten außerhalb von EU, NATO und gleichgestellten Ländern hatten im Jahr 2019 mit 44 Prozent zwar einen geringeren Anteil am Wert aller Genehmigungen als noch 2018 (53 Prozent). Dies lag jedoch am außergewöhnlich hohen Gesamtwert. In absoluten Zahlen belief sich der Genehmigungswert für Einzelausfuhren an Drittstaaten 2019 auf 3,53 Milliarden Euro – rund eine Milliarde Euro mehr als im Vorjahr (2,55 Milliarden Euro). Mit Algerien (Platz 2) und Ägypten (Platz 3) waren im Jahr 2019 zwei Drittstaaten Hauptempfängerländer genehmigter deutscher Rüstungsexporte. Im ersten Halbjahr 2020 belief sich der Anteil von Exporten an Drittstaaten sogar auf rund 63 Prozent.

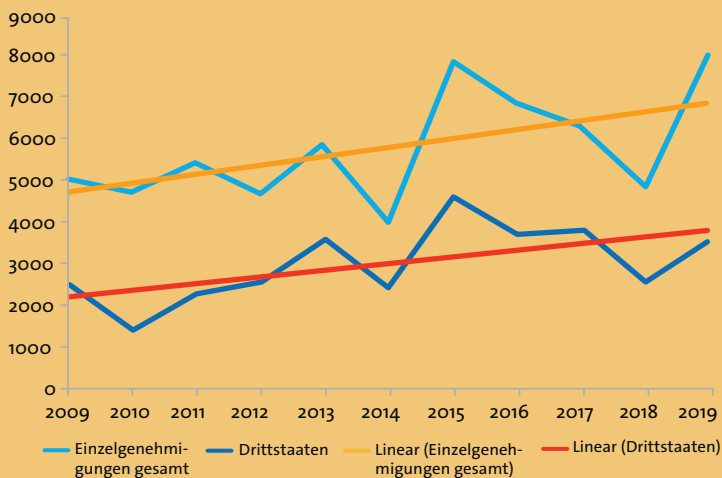
Keine Rüstungsexporte an Embargobrecher

Laut GKKE vermitteln die Zahlen zu den deutschen Rüstungsexporten insgesamt »nicht den Eindruck einer restriktiven Genehmigungspraxis, die sich an die eigenen Maßstäbe hält und der Einhaltung der Menschenrechte eine hervorgehobene Bedeutung

Übergabe eines U-Bootes von ThyssenKrupp Marine Systems in Kiel an die ägyptische Marine
Foto: dpa



Entwicklung der Werte der Einzelgenehmigungen von 2009 bis 2019
(in Mio. Euro)



Quelle: Rüstungsexportbericht 2020 der GKKE

einräumt«. Rüstungsgüter würden weiterhin auch an Länder geliefert, in denen staatliche Organe systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen und in Regionen, in denen Gewaltkonflikte und regionale Rüstungsdynamiken zu beobachten sind.

Die GKKE erneuert unter anderem ihre Kritik an den Genehmigungen von Exporten an Mitglieder der Jemen-Kriegskoalition: »Sowohl 2019 als auch noch im ersten Halbjahr 2020 wurde eine Vielzahl von Rüstungsexporten an Staaten wie die VAE (Vereinigte Arabische Emirate) oder Ägypten genehmigt. Beide Länder sind auch am Bürgerkrieg in Libyen beteiligt, die VAE und die Türkei haben wiederholt das UN-Waffenembargo gebrochen.« Eine der Kernforderungen der GKKE an die Bundesregierung ist dementsprechend, Rüstungsexporte an Embargobrecher und Kriegsparteien zu stoppen.

Rüstungsexportkontrollgesetz beschließen

Die *Politischen Grundsätze* der Bundesregierung bewertet die GKKE als unzureichend. Das erste Jahr der Anwendung der 2019 überarbeiteten Grundsätze sei ernüchternd und beunruhigend. »Es ist von einer wachsenden Kluft zwischen restriktiver Rhetorik und einer alles andere als restriktiven Praxis gekennzeichnet«, resümiert Prälat Dr. Karl Jüsten, katholischer Vorsitzender der GKKE. Der Arbeitsverband der beiden großen Kirchen erwartet »von der

aktuellen wie auch der künftigen Bundesregierung, dass sie endlich Anspruch und Handeln auf diesem höchst brisanten Politikfeld, in dem es um Menschenleben und Menschenrechte geht, in Übereinstimmung bringt«. Er erneuert zudem die Forderung nach einem Rüstungsexportkontrollgesetz, damit eine transparente und belastbare Grundlage für eine restriktive Rüstungsexportpolitik geschaffen wird.

Für eine restriktive europäische Rüstungsexportpolitik

Neben den Entwicklungen in Deutschland bedarf auch die Rüstungsexportpolitik auf europäischer Ebene verstärkter Aufmerksamkeit. Europäische Kooperationen im Rüstungsbereich erlangen zunehmend an Bedeutung, beispielsweise durch den Europäischen Verteidigungsfonds. Dies geht jedoch nicht mit einer verstärkten Institutionalisierung und Koordination der Rüstungsexportpolitik auf europäischer Ebene einher. Die GKKE beobachtet die Entwicklung mit Sorge und fordert: Keine Rüstungszusammenarbeit auf Kosten der Exportkontrolle! Europäische Rüstungskonvention sollte nicht Vorrang vor einer restriktiven europäischen Rüstungsexportpolitik gewinnen.

Redaktion: Charlotte Kehne, Januar 2021

- Der Rüstungsexportbericht der GKKE steht als PDF-Datei unter www.gkke.org/download-publikationen-zum-herunterladen zur Verfügung.
- Die gedruckte Broschüre (DIN A5, 114 Seiten) kann – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben angefordert werden.

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird gefördert durch:

**Brot
für die Welt**

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spendenkonto: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.